



---

**Fraktionsvorsitzender**

BDK BW  
Landesvorsitzender  
Steffen Mayer  
Parkstraße 1  
74889 Sinsheim

8. Januar 2021

**Ihr Schreiben vom 20.12.2020**  
**Anfrage zum Thema Corona Zulage für die Polizei**

Sehr geehrter Herr Mayer,

vielen Dank für Ihr Schreiben, das ich gerne als Fraktionsvorsitzender gemeinsam mit meinem innenpolitischen Sprecher und Arbeitskreis Finanzen beantworte.

Wie Sie sicherlich wissen, liegt meiner Fraktion und mir die bestmögliche Unterstützung der Polizei sehr am Herzen. Dazu gehört auch Wertschätzung für deren Arbeit, die natürlich – aber nicht nur – auch monetäre Belange betrifft.

Im Zuge der Covid-19-Pandemie zeigten Ihre Kolleginnen und Kollegen von Anfang an einen sehr hohen Arbeitseinsatz und leisteten mit ihrem besonnenen Auftreten einen Beitrag zur Umsetzung der Maßnahmen. Dies ging nicht zuletzt mit einem großen persönlichen Risiko einher. Uns sind die jüngst veröffentlichten Zahlen des Innenministeriums, wonach sich bis Anfang Dezember über 600 Polizistinnen und Polizisten mit dem Virus infiziert haben und ein Polizist hieran gar verstorben ist, sehr präsent.

Vor diesem Hintergrund halten wir eine vergleichbare finanzielle Würdigung der Polizeiarbeit für sinnvoll und geboten, denn der Beitrag der Polizei ist sicherlich nicht geringer zu schätzen, als den anderen von Ihnen angesprochenen Gruppen. Diese ist nicht zuletzt mit Blick auf die Gesamtausgaben des Landes in Höhe von 14 Milliarden angemessen und vertretbar und begegnet keinen Finanzierungsproblemen.



Ganz generell würden wir uns aber auch an anderer Stelle eine größere Wertschätzung für die Arbeit der Polizistinnen und Polizisten im Land wünschen. Ein Beispiel unter vielen ist etwa die Zulage für den Lageorientierten Dienst. Bei den Beratungen des letzten Doppelhaushalts haben wir hier eine Erhöhung auf 5,00 EUR pro Stunde beantragt. Dies wurde von CDU und Grünen leider abgelehnt.

Sie können sicher sein, dass wir eine Politik in diesem Sinne auch nach der kommenden Landtagswahl weiterhin fortsetzen werden.

Wir haben diese zum Anlass genommen, das Thema gegenüber dem Justizministerium aufzugreifen und haben dazu nun einen Antrag eingebracht. Nach der Beantwortung, die wir Ihnen natürlich zukommen lassen, werden wir prüfen, inwieweit weiterer Beratungsbedarf im dafür zuständigen Ständigen Ausschuss des Landtags besteht.

Seien Sie versichert, dass auch wir dem Ansinnen einer bestmöglichen Betreuung der betroffenen Unternehmen im Falle der Insolvenzen wohlwollend gegenüberstehen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Hans-Ulrich Rülke MdL  
Fraktionsvorsitzender

Prof. Dr. Ulrich Goll  
Innenpolitischer Sprecher